

Mündliche Anfragen

zur 38. Fragestunde

in der 144. Plenarsitzung vom 26. November 2015

1. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 02. 11. 2015

Unerlaubter Handel mit Hundewelpen und sonstigen Haustieren

- a) Wie viele Delikte aus dem Bereich des unerlaubten Handels mit Haustieren (aufgeschlüsselt nach der jeweiligen Tierart), das heißt des Handels ohne behördliche, tierschutzrechtliche Genehmigung, wurden mit welcher Aufklärungsquote im Laufe der aktuellen Legislaturperiode verzeichnet?
- b) Besitzt die Landesregierung insbesondere im Hinblick auf das anstehende Weihnachtsfest und den dabei für gewöhnlich zu verzeichnenden rasanten Anstieg der Zahl von Haustierkäufen ein schlüssiges und auf die modernen Verkaufskanäle (Internethandel) abgestimmtes Konzept, um potenziellen Straftätern in diesem Bereich im Sinne eines vorsorgenden Tierschutzes entschieden und wirksam entgegenzutreten zu können?

2. Anfrage der Abg.
Sabine Kurtz CDU

Eingang: 17. 11. 2015

Hochschulfinanzierung

- a) Aufgrund von wie vielen Studienanfängerplätzen der einzelnen Hochschularten werden dem Land Baden-Württemberg im Jahr 2015 Bundesmittel im Rahmen des Hochschulpakts 2020 zugewiesen?
- b) Wie viele dieser Bundesmittel fließen in der Folge den einzelnen Hochschularten zu?

3. Anfrage der Abg.
Nicole Razavi CDU

Eingang: 19. 11. 2015

JobTicket BW

- a) Ist der Landesregierung bekannt, dass das ab 1. Januar 2016 geplante JobTicket BW, welches eine monatliche Subventionierung von 20 € je Mitarbeiterin und Mitarbeiter vorsieht und den Landeshaushalt mit 15 Millionen € im Jahr belastet, in einigen Fällen, beispielsweise bei Pendlern aus dem Großraum Heidelberg, trotz staatlicher Subventionierung teurer ist als ein reguläres Jahresticket?
- b) Beabsichtigt die Landesregierung, an diesem Zustand Veränderungen vorzunehmen?

4. Anfrage des Abg.
Ulrich Müller CDU

Eingang: 23. 11. 2015

Unterstützung des Flughafens Friedrichshafen

- a) Ist die Landesregierung bereit, sich an einer Sicherung und Weiterentwicklung des Flughafens Friedrichshafen angesichts des Konkurses der Fluggesellschaft I. einerseits und der Förderung des konkurrierenden Flughafens Memmingen durch die dortigen Kommunen (siehe Bürgerentscheide vom 22. November 2015) und den Freistaat Bayern andererseits zu beteiligen, sei es als Verantwortlicher für die Luftverkehrspolitik im Land, sei es als Zuschussgeber und/oder als Mitgesellschafter des Flughafens Friedrichshafen?
- b) Welche Umstände müssten vorliegen, damit die Landesregierung ihren seit 2011 vollzogenen völligen Ausstieg aus jeglicher Förderung dieser regional wichtigen Verkehrsinfrastruktur, die im öffentlichen Interesse liegt und überwiegend durch öffentlich-rechtliche Träger geschaffen wurde, korrigieren würde, nachdem auch das Beihilferecht der EU in bestimmtem Umfang die Förderfähigkeit und Förderbedürftigkeit von Regionalflughäfen anerkennt?